

**Erstunterzeichner:**

**Philippe Askenazy (CNRS); Thomas Coutrot (scientific council of ATTAC); André Orléan (CNRS, EHESS, president of the French Association for Political Economy); Henri Sterdyniak (OFCE).**

## **Manifest der bestürzten Ökonomen**

**Die Schuldenkrise in Europa:**

**10 offensichtliche Fehler und 22 Maßnahmen um die Debatte aus der Sackgasse zu führen<sup>1</sup>**

### **Einleitung**

Die Erholung der Weltwirtschaft, ausgelöst durch massive Unterstützung der Wirtschaft mit öffentlichen Mitteln (von der USA bis China) ist fragil aber real. Ein Kontinent bleibt zurück: Europa. Den Weg zurück zum Wachstum zu finden ist nicht mehr die erste Priorität europäischer Politik. Europa hat sich auf einen anderen Weg gemacht, die Bekämpfung der Schulden der öffentlichen Haushalte.

In der EU sind diese Schulden sicherlich hoch – im Durchschnitt 7 % in 2010 –, aber das ist sehr viel weniger als die 11 % der USA. Während Staaten der USA, deren Ökonomie größer ist als die Griechenlands, im Grunde bankrott sind, haben die Finanzmärkte entschieden, mit den Staatsschulden europäischer Staaten, insbesondere des Südens, zu spekulieren. Europa ist faktisch in seiner eigenen institutionellen Falle gefangen: Die Staaten müssen sich von privaten Finanzinstituten Geld leihen, die wiederum billiges Geld von der Europäischen Zentralbank bekommen. So erhält der Finanzmarkt den Schlüssel für die Ausstattung der Staaten. In diesem Umfeld erhöht das Fehlen von Solidarität die Spekulation umso mehr als das Spiel der Rating-Agenturen das Misstrauen noch akzentuiert.

Es brauchte das Abwerten des Ratings von Griechenland am 15. Juni durch die Rating Agentur Moody's dafür, dass Europäische Spitzenpolitiker wieder das Wort ‚irrational‘ benutzten, ein Wort, das sie so häufig am Beginn der Suprime Krise benutzt hatten. Entsprechend stellen wir heute fest, dass Spanien viel mehr durch sein Wachstumsmodell und sein Bankensystem bedroht ist als durch seine öffentlichen Schulden.

Um die Finanzmärkte ‚zu beruhigen‘ wurde ein stabilisierender Fond für den Euro improvisiert<sup>1</sup>, und drastische und willkürliche Spramaßnahmen wurden überall

---

<sup>1</sup> <http://atterres.org/?q=node/1> (English translation: Gilles Raveaud (Paris 8) and Dany Lang (Paris 13), September, 24th, 2010. The translators are grateful to Edward Fullbrook (Real-World Economics Review). Deutsche Übersetzung: Peter Rödler (Uni Koblenz) unter Mithilfe von Andrea Alfare, Uli Wechselberger und Georg Rödler)

in Europa gestartet. Öffentliche Angestellte sind dabei die ersten Betroffenen, auch in Frankreich, wo die Erhöhung ihrer Rentenbeiträge eine getarnte Lohnkürzung ist. Die Zahl der öffentlich Bediensteten fällt überall und beeinträchtigt so die öffentlichen Dienstleistungen. Sozialleistungen werden von den Niederlanden bis nach Portugal, auch in Frankreich mit der aktuellen Pensionsreform, erheblich gekürzt. Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit der Arbeitsstellen wird sich notwendig in den nächsten Jahren ausdehnen. Dabei ist diese Entwicklung nicht nur politisch und sozial sondern auch unter der wirtschaftlichen Perspektive unverantwortlich.

Diese Politik, die kurzzeitig die Spekulation zurückhalten konnte, hat heute in vielen europäischen Ländern sehr negative soziale Konsequenzen, insbesondere für die Jugend, die Arbeiter und die Gruppe der sozial Schwachen. Dies kann die sozialen Spannungen in Europa erhöhen und damit die Konstruktion Europas, die weit mehr ist als ein ökonomisches Projekt, belasten. Die Wirtschaft sollte zur Konstruktion eines demokratischen, friedvollen vereinigten Kontinents beitragen. Statt dessen erzeugt sie überall eine Diktatur des Marktes, heute insbesondere in Portugal, Spanien und Griechenland, Länder, die bis in die 70er Jahre also bis vor wenigen Jahren, noch Diktaturen waren.

Ob dies nun interpretiert wird als ein Wunsch verängstigter Regierungen, die ‚Märkte wieder zu stabilisieren‘ oder als vorbereitende Argument für die wirtschaftspolitischen Varianten, die von der Ideologie aufgezwungen werden, diese Unterwerfung unter die Diktatur ist unakzeptabel, nachdem ihre Ineffizienz und ihr destruktives Potenzial sowohl im politischen als auch im sozialen Bereich nachgewiesen ist. Es muss eine wirklich demokratische Debatte über wirtschaftspolitischen Alternativen in Frankreich und Europa eröffnet werden. Die meisten Wirtschaftler, die heute an öffentlichen Debatten teilnehmen tun dies nur, um die Unterwerfung der Politik unter die Forderungen der Finanzmärkte zu begründen.

Zugegebener Weise improvisierten alle Regierungen keynesianische Stützungsaktionen und nationalisierten sogar zeitweise Banken. Aber sie beendeten dieses Zwischenspiel sehr schnell wieder. Das neoliberale Paradigma wird, unbesehen seiner offensichtlichen Fehler, weiterhin als das allein legitimierte angesehen. Basiert auf der Annahme effektiver Kapitalmärkte, argumentiert es für die Reduktion der Staatsausgaben, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Liberalisierung von Handel, Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkten, Steigerung des Wettbewerbs zu allen Zeiten und an allen Orten .....

Als Wirtschaftler sind wir bestürzt zu sehen, dass diese Politik weiter auf der Agenda ist und dass ihre theoretischen Grundlagen nicht überdacht worden. Die Argumente, die dreißig Jahre benutzt wurden, die Europäische Wirtschaftspolitik zu steuern, sind durch die Fakten widerlegt. Die Krise hat die dogmatische und unbegründete Natur dieser ‚eindeutigen Fakten‘, die von Politikern und ihren Ratgebern bis zum Erbrechen wiederholt werden offengelegt. Weder die Effizienz

---

<sup>1</sup> Hier ist der Schutzschirm, noch nicht die Eurobonds gemeint.

noch die Rationalität der Finanzmärkte oder die Notwendigkeit Ausgaben zu reduzieren um Schulden abzubauen oder den ‚Stabilitätspakt‘ zu stärken sind ‚eindeutige Fakten‘; im Gegenteil müssen diese überprüft und wieder eine Pluralität verschiedener ökonomischer Möglichkeiten erreicht werden. Andere Möglichkeiten sind möglich und wünschenswert, vorausgesetzt der Einfluss der Finanzindustrie auf die öffentliche Politik wird gelockert.

Wir bieten im folgenden eine kritische Präsentation von zehn Annahmen an, die bis heute in ganz Europa die Grundlage von Entscheidungen öffentlicher Autoritäten bilden, trotz ihres deutlichen Scheiterns, das in der Finanzkrise und Ihren Folgen sichtbar wurde. Diesen ‚offensichtlich falschen Annahmen‘ die die Basis für faktisch unfaire und ineffektive Maßnahmen bilden, gegenüber formulieren wir zweiundzwanzig Gegenmaßnahmen, die wir so in die Dabatte einführen wollen. Es wird sicher nicht jede dieser Maßnahmen einstimmig von allen Unterzeichnern des Manifests unterstützt, aber sie müssen ernsthaft bedacht werden, wenn wir Europa aus der derzeitigen Sackgasse führen wollen.

## **Offensichtlich falsche Annahme # 1:**

### ***Finanzmärkte sind effizient***

Heute ist die entscheidende Bedeutung, die die Finanzmärkte für das Funktionieren der Wirtschaft haben, für alle Beobachter offensichtlich. Dies ist das Ergebnis einer langen Evolution, die in den späten 70er Jahren begonnen hat. Wie auch immer, es wird festgestellt, dass diese Evolution sowohl quantitativ wie qualitativ einen klaren Bruch mit den vorherigen Jahrzehnten darstellt. Unter dem Druck der Finanzmärkte hat sich die Steuerung des Kapitalismus insgesamt grundlegend verändert und erzeugte eine neue Form des Kapitalismus, der von einigen als ‚patrimonialer Kapitalismus‘ als ‚Finanzkapitalismus‘ oder ‚neoliberaler Kapitalismus‘ bezeichnet wird.

Die theoretische Begründung für die Veränderungen ist die Hypothese der informationellen Effizienz der Finanzmärkte (oder Effiziente Märkte Hypothese). Im Zusammenhang mit dieser Hypothese ist es wichtig, Finanzmärkte so zu entwickeln, dass gesichert ist, dass sie so frei wie möglich operieren können, da sie der einzige Mechanismus sind, eine effiziente Anlage von Geld zu garantieren.

Die Politik die in den letzten dreißig Jahren kontinuierlich verfolgt wurde waren in Übereinstimmung mit diesen Empfehlungen. Ihr Zweck war einen globalen integrierten Finanzmarkt zu erzeugen, in dem alle Akteure (Firmen, Haushalte, Staaten, Finanzinstitutionen) alle Sorten von verbrieftem Kapital (Aktien, Bonds, Kredite, Derivate, Währungen) in jeder Form (langzeit, mittellang und kurzzeit) austauschen können. Die Finanzmärkte wurde so dem ‚reibungslosen‘ Markt aus den Fachbüchern ähnlich: der Wirtschaftsdiskurs hatte erfolgreich Realität erzeugt. Die Märkte waren zunehmend ‚perfekt‘ im Sinne des Mainstreams, die Analysten glaubten das Finanzsystem sei sehr viel stabiler als in der Vergangenheit geworden. Die ‚große Moderation‘ – die Periode von wirtschaftlichem Wachstum ohne Wachstum der Löhne die die US von 1990 bis 2007 erlebte – schien diese Sicht zu bestätigen.

Selbst heute glauben die G20, dass die Finanzmärkte der beste Mechanismus sind, um Kapital zu platzieren. Der Vorrang und die Integrität der Finanzmärkte blieb weiter das zentrale Ziel, das von den neuen Finanzregulationen verfolgt wurde. Die Krise wird deshalb nicht als eine unausweichliche Folge des deregulierten Marktes gesehen, sondern als ein Effekt der Unehrenhaftigkeit und Verantwortungslosigkeit von einigen finanziellen Akteuren die schlecht von der Regierung überwacht wurden.

Die Krise jetzt hat gezeigt, dass die Märkte nicht effizient und nicht in der Lage sind eine effiziente Kapitalanlage zu erlauben. Die Konsequenzen hieraus in Bezug auf Steuerung und Wirtschaftspolitik, sind gewaltig. Die Theorie der Effektivität des Finanzmarkts gründet sich auf die Idee, dass Investoren die zuverlässigsten Informationen über den Wert der Projekte die um die Anlagen im Wettbewerb

stehen suchen und finden. In Bezug auf diese Theorie reflektiert der Marktpreis einer Anlage die Bewertungen der Investoren und synthetisiert so alle zur Verfügung stehenden Informationen: ist also eine gute Abschätzung des wahren Werts der Anlage. Diesem Wert wird also unterstellt, er würde alle Informationen die zur Steuerung wirtschaftlicher Aktivitäten wie auch des sozialen Lebens notwendig sind, zusammenfassen. So würde das Kapital in die profitabelsten Projekte investiert und nicht in die weniger effizienten. Das ist die zentrale Idee dieser Theorie: Finanzieller Wettbewerb generiert faire Preise, die verlässliche Signale für Investoren sind und ein effektiver Wegweiser für die wirtschaftliche Entwicklung.

Aber die Krise bestätigt verschiedene kritische Arbeiten die Zweifel in die se Annahmen gießen. Finanzieller Wettbewerb generiert nicht notwendiger Weise faire Preise. Schlimmer, finanzieller Wettbewerb wirkt oft destabilisierend und führt zu exzessiven Preisen, irrationalen Fluktuationen, den Finanzblasen.

Die hauptsächliche Schwachstelle der Theorie der effektiven Kapitalmärkte ist diese, dass sie die Theorie für einfache Güter und Dienstleistungen auf den Finanzmarkt anwendet. Im Markt für Güter und Dienstleistungen ist Wettbewerb teilweise selbstregulierend entlang des 'Gesetzes' von Angebot und Nachfrage: d.h. wenn der Preis einer Ware steigt, Erhöhen Produzenten ihr Angebot und Käufer reduzieren ihre Nachfrage. In Folge dessen sinkt der Preis wieder und geht zurück auf ein Gleichgewicht. Mit anderen Worten, wenn der Preis einer Ware steigt entstehen Gegenkräfte gegen diesen Anstieg. Wettbewerb produziert also ‚negativen Feedback‘, d.h. Gegenkräfte die immer gegen den initialen Ausschlag gerichtet sind. Die Idee der Effektivität entstand aus der direkten Übertragung dieses Mechanismus auf die Finanzmärkte.

Für diese ist die Situation jedoch sehr unterschiedlich. Wenn der Preis steigt, ist üblicherweise eine Zunahme, kein Rückgang der Nachfrage zu beobachten! Tatsächlich bedeutet der steigende Preis wegen der Kapitalkonzentration einen höheren Gewinn für die Besitzer der Wertpapiere. Der Preis steigt und das zieht neue Käufer an, was wiederum die ursprüngliche Steigerung verstärkt. Die Zuweisung von Boni beeinflusst die Händler diese Bewegung weiter zu stärken. Das ist der Fall bis zu einem Vorfall, der nicht vorhersagbar aber unausweichlich kommt. Dieser kehrt die Erwartungen um und führt zum Crash. Dieses generelle Phänomen ist ein Ausdruck von ‚positivem Feedback‘, das die initiale Unbalance zunehmend verschlechtert. Das ist, was eine spekulative Blase ausmacht: eine zunehmende Preissteigerung, die sich selbst erzeugt. Solch ein Prozess erzeugt keine fairen sondern unangepasste Preise.

In Folge dessen kann die Dominanz, die die Finanzmärkte errungen haben nicht zu irgend einer Form von realer wirtschaftlicher Effizienz führen. Schlimmer, diese Dominanz ist eine dauernde Quelle von Instabilität, wie dies auch die ununterbrochene Reihe von Blasen, die wir in den letzten 20 Jahren erlebt haben, gezeigt hat: Japan, Südost Asien, das Internet, emerging markets, Immobilienkrise und Staatsverschuldungskrise. Die finanzielle Instabilität zeigt sich in einer riesigen Fluktuation der Wechselkurse und des Aktienmarktes, die deutlich nichts mit der

zugrundeliegenden Wirtschaft zu tun hat. Diese Unstabilität, die die Finanzmarkt erzeugen, dehnt sich über viele Mechanismen dann auch auf die reale Wirtschaft aus.

Um die Ineffektivität und Instabilität der Finanzmärkte zu reduzieren, empfehlen wir die folgenden vier Regeln:

**Maßnahme 1:** Die Finanzmärkte strikt von den Aktivitäten der finanziellen Akteure trennen, Banken das Spekulieren auf eigene Rechnung verbieten, um die Ausbreitung von Blasen und Crashes zu verhindern.

**Maßnahme 2:** Reduktion der Liquidität und der destabilisierenden Spekulation durch Kontrolle der Kapitalbewegungen und Besteuerung von Finanztranzaktionen.

**Maßnahme 3:** Begrenzen der Finanztransaktionen auf die, die dem realen Markt nützen (d.h. z.B. Kreditausfallsicherungen (CDS) nur für Halter von bestätigten Sicherheiten usw.)

**Maßnahme 4:** Begrenzen des Einkommens der Finanzhändler.

## **Offensichtlich falsche Annahme # 2:**

### ***Finanzmärkte tragen zum ökonomischen Wachstum bei***

Die finanzielle Integration hat die Macht der Finanzwelt enorm erhöht, da sie kapitalistisches Eigentum weltweit zusammenführt und zentralisiert. Sie bestimmt die Profitabilitäts-Standards die für alles Kapital gültig sind. Die Idee war, dass die Finanzmärkte die Finanzierung von Investitionen durch Banken ersetzen. Aber dieses Projekt schlug fehl, da es bis heute insgesamt gesehen die Firmen sind, die die Shareholder finanzieren und nicht umgekehrt.

Die Unternehmensführungen wurden dennoch grundlegend umgeformt um den Profitabilitäts-Standards des Marktes zu genügen. Mit dem Anstieg der Bedeutung des Shareholdervalue entstand eine neue Unternehmens- und Managementskonzeption, wobei das Unternehmen als ein System im Dienste der Shareholder konzipiert wurde. Die Idee eines gemeinsamen Interesses der verschiedenen Anteilseigner der Firma war verschwunden. Die Administratoren öffentlich gehandelter Firmen haben nun den primären und ausschließlichen Auftrag, den Wunsch der Shareholder, sich zu bereichern, zu befriedigen. In der Folge verhalten sie sich, weil sie den exzessiven Steigerung ihres Einkommens realisieren, nicht mehr wie Lohnempfänger. Im Sinne der ‚Agency-Theorie‘ ist es das Ziel sicherzustellen, dass das Interesse der Manager nun mit dem der Shareholder konvergiert.

Ein ROE (Return on Equity) von 15 - 25 % wurde zum Standard, erzwungen durch die Macht der Finanzen auf Firmen und Arbeiter. Liquidität ist das Instrument dieser Macht, da es unzufriedenen Investoren erlaubt, ihre Investitionen ohne Zeitverzögerung wo anders hin umzulagern. Gegenüber dieser Macht wurden die Interesse der Lohnempfänger wie auch die Hoheit der Politik marginal. Diese Unbalance führte zu unsinnigen Profiterwartungen, welche dann wiederum wirtschaftliches Wachstum behinderten und zu einem kontinuierlichen Anstieg der Einkommensunterschiede führte. Erstens blockieren die Profitabilitäts-Anforderungen Investitionen außerordentlich: Je höher der benötigte Gewinn je schwieriger ist es Projekte zu finden, die konkurrenzfähig genug sind, diese Anforderungen zu erfüllen. Die Investmentraten blieben entsprechend historisch niedrig in Europa und den USA.

Zweitens erzeugten diese Anforderungen einen konstanten Druck nach unten auf die Löhne und die Kaufkraft, was für die Nachfrage nicht günstig ist. Die gleichzeitige Drosselung der Investitionen und des Konsums führt zu niedrigem Wachstum und vorherrschender Arbeitslosigkeit. Dieser Trend wurde in den Angelsächsischen Ländern durch die Aufnahme zusätzlicher Haushaltsschulden und durch Vermögensblasen, die scheinbaren Wohlstand erzeugten, verhindert, was ein Wachstum des Konsums ohne Arbeitslohn ermöglichte, aber mit Zusammenbrüchen endete.

Um diese negativen Effekte des Finanzmarktes auf die Wirtschaft zu verhindern regen wir folgende Regeln an:

**Maßnahme 5:** Eine deutliche Stärkung der Gegenkräfte in Unternehmen um das Management zu zwingen, die Interessen aller Anteilseigner zu berücksichtigen.

**Maßnahme 6:** Eine deutliche Erhöhung der Besteuerung sehr hoher Einkommen um das Rennen in Richtung auf unhaltbare Gewinne zu verhindern.

**Maßnahme 7:** Die Abhängigkeit von Unternehmen gegenüber den Finanzmärkten reduzieren und eine öffentliche Kreditpolitik entwickeln (besondere Kreditbedingungen für wichtige Aktivitäten im Bildungs- und Umweltbereich)

### **Offensichtlich falsche Annahme # 3:**

#### ***Finanzmärkte bewerten die Zahlungsfähigkeit von Staaten korrekt***

Gemäß den Befürwortern effektiver Kapitalmärkte, berücksichtigen die Marktakteure die objektive Situation der öffentlichen Finanzen mit dem Ziel einer Bewertung des Risikos Staatsanleihen zu kaufen. Nehmen wir das Beispiel der Schulden von Griechenland: Die Akteure des Finanzmarktes und die Politik beziehen sich ausschließlich auf die Bewertungen des Finanzmarktes um die Situation zu bewerten. Folglich als die Zinsen für Griechenland auf mehr als 10 % stiegen gingen alle davon aus, dass das Ausfallrisiko hoch sei, d.h. wenn Investoren solch ein Premiumrisiko kauften, bedeutete dies, dass die Gefahr dieser Anlage sehr hoch war.

Das ist der grundlegende Fehler, wenn jemand die tatsächliche Natur von Bewertungen der Finanzmärkte versteht. Da dieser Markt nicht effizient ist, produziert er oft Preise, die von den realen Grundlagen völlig losgelöst sind. Unter diesen Umständen ist es unverantwortlich sich in der Einschätzung einer Situation ausschließlich auf die Bewertungen des Finanzmarktes zu beziehen. Die Bewertung eines Wertpapiers ist nicht vergleichbar mit dem Messen einer objektiven Größe wie z.B. die Beurteilung des Gewichts eines Objekts. Ein Wertpapier ist ein Anspruch auf zukünftige Einnahmen, d.h. um dies zu bewerten muss man abschätzen was in der Zukunft sein wird. Es ist eine Frage der Einschätzung nicht einer Messung, da in der Gegenwart die Zukunft in keiner Weise vorhersagbar ist. In den Handlungsräumen tun die Akteure aber so als wäre das möglich. Ein Preis am Finanzmarkt ist das Ergebnis einer Bewertung, einem Glauben, einer Wette auf die Zukunft, d.h. es gibt keine Garantie, dass die Bewertung des Finanzmarktes in irgendeiner Weise zuverlässiger ist als andere Formen der Bewertung.

Zudem ist die Bewertung der Finanzmärkte nicht neutral: die Bewertung wirkt auf das Objekt, das bewertet wird, zurück, d.h. die Bewertung initiiert und bildet die Zukunft die sie sich vorstellt. Auf diese Weise spielen Rating-Agenturen eine bedeutende Rolle bei Erzeugung der Kreditzinsen auf dem Anleihenmarkt, da sie Bewertungen vergeben die hoch subjektiv sind, wenn sie nicht gar von dem Wunsch angetrieben sind Instabilität, eine Quelle für spekulative Gewinne, zu erzeugen. Wenn Agenturen einen Staat herabstufen, erhöhen sie damit die Kreditzinsen, die Finanzakteure für Staatspapiere dieses Staates verlangen und erhöhen damit die Wahrscheinlichkeit des Bankrotts den sie vorhersagen.

Um den Einfluss der Marktpsychologie auf die Finanzierung von Staaten zu reduzieren regen wir folgende Regeln an:

**Maßnahme 8** : Rating Agenturen darf nicht erlaubt werden willkürlich auf die Kreditraten des Anleihen Marktes Einfluss zu nehmen, indem das Rating von Staaten

abstufen. Die Aktivitäten der Agenturen müssen in einer Weise reguliert werden, dass ihre Aussagen auf nachvollziehbaren ökonomischen Kalkulationen aufbauen

**Maßnahme 8a:** Staaten sollten durch garantierte Käufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) vor der Bedrohung durch die Finanzmärkte geschützt werden.

## **Offensichtlich falsche Annahme # 4:**

### ***Das Wachstum der öffentlichen Schulden resultiert aus exzessiven Ausgaben***

Michel Pebereau, einer der 'Gottväter' des französischen Bankensystems, beschrieb 2005 Frankreich in einem der offiziellen ad hoc Berichte als ein Land, das von seinen Schulden erdrosselt wird und das die zukünftigen Generation durch leichtsinnige Sozialausgaben opfert. Der Staat laufe in seine Schulden wie ein Vater, der über alle Maßen Alkohol trinkt. Und das ist die übliche Sicht, die in den meisten Veröffentlichungen vertreten wird. Dennoch, die aktuelle Explosion der öffentlichen Schulden in Europa und in der Welt liegt an etwas völlig anderem: den Rettungsaktionen für den Finanzsektor, und besonders die Rezession seit 2008, die durch die Banken- und Finanzkrise ausgelöst wurde. 2007 betrug der Durchschnitt des öffentlichen Defizits in der Eurozone nur 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), aber durch die Krise stieg es bis 2010 auf 7 %. Gleichzeitig stiegen die öffentlichen Schulden von 66 % auf 84 % des BIP.

Aber die Erhöhung der Staatsverschuldung in Frankreich, wie in zahlreichen europäischen Staaten, war zunächst vor dieser Rezession gemäßigt, d.h. der Schuldenanstieg kommt nicht hauptsächlich von einer Steigerung der staatlichen Ausgaben -- im Gegenteil sind die staatliche Ausgaben im Verhältnis zu dem BIP seit den frühen 1990ern stabil oder abnehmend – sondern viel mehr von der Erosion des staatlichen Einkommens auf Grund des schwachen Wirtschaftswachstums in diesem Zeitraum und der steuerlichen Konterrevolution, die von den meisten Regierungen in den letzten fünfundzwanzig Jahren durchgeführt wurde. Auf die Dauer hat diese steuerliche Konterrevolution von einer Rezession zur nächsten kontinuierlich das Anschwellen der Schulden befördert. So zeigt in Frankreich ein aktueller parlamentarischer Bericht auf, dass die Steuersenkungen zwischen 2000 und 2010 100 Milliarden Euro Kosten verursacht hat, selbst ohne die Ausnahmen von Sozialabgaben (30 Milliarden) und andere ‚Steuerausgaben‘ mit einzubeziehen. Da keine europäische Steuerangleichung stattgefunden hat, haben die europäischen Staaten einen Steuerwettbewerb gestartet, indem sie die Unternehmenssteuern ebenso wie die Steuern auf hohes Einkommen und Vermögen gesenkt haben. Auch wenn die relative Gewichtung dieser verschiedenen Faktoren von Land zu Land unterschiedlich ist, so hat doch fast jeder Regierung in Europa eine Erhöhung der Defizite und Schuldenverhältnisse im Verlauf der letzten 30 Jahre zu verzeichnen die nicht in erster Linie aus irgendeiner Erhöhung der Staatsausgaben resultiert. Diese Diagnose eröffnet offensichtlich andere Wege, das öffentliche Defizit zu reduzieren, als das ad nauseam wiederholte ‚Mantra‘, die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren.

Um eine informierte öffentliche Debatte über den Ursprung der Schulden anzustoßen und damit zu einer Heilung beizutragen schlagen wir folgende Maßnahme vor:

**Maßnahme 9:** Eine öffentliche Bilanzprüfung durchzuführen um offen zu legen was die Ursprünge der Schulden sind und wer die Kreditgeber sind und in welcher Höhe sie Kredite gegeben haben.

## **Offensichtlich falsche Annahme # 5:**

***Die öffentlichen Ausgaben müssen beschränkt werden um die öffentlichen Schulden zu senken***

Auch wenn der Anstieg der öffentlichen Schulden zu einem Teil in der Steigerung der öffentlichen Ausgaben begründet ist, ist das Streichen öffentlicher Ausgaben nicht automatisch ein Teil der Lösung des Problems. Das liegt daran, dass die Dynamik öffentlicher Haushalte wenig mit der privater Haushalte zu tun hat, d.h. Makroökonomie kann nicht auf die Ökonomie einfacher Haushalte reduziert werden. Die Dynamik der Schulden beruht – grob gesprochen – auf verschiedenen Faktoren: Die Höhe des ursprünglichen Defizits, aber auch das Verhältnis zwischen den Kreditzinsen und dem Wirtschaftswachstum.

Denn wenn das Wirtschaftswachstum niedriger als die Kreditzinsen ist, werden die Schulden auf Grund des Schneeball-Effekts automatisch steigen, d.h. die Zinsen explodiert und die Gesamtschulden (inkl. der Zinsen der Schulden) ebenfalls. So führte die von Beregovoy initiierte Politik des ‚starken Franc‘ dennoch in die Rezession 1993-94, mit Kreditzinsen höher als die Wirtschaftswachstumsrate, was das Anschwellen der öffentlichen Schulden Frankreichs in dieser Zeit erklärt. Der selbe Mechanismus erzeugte die Erhöhung der Schulden in der ersten Hälfte der 1980er in Folge der neoliberalen Revolution und der Hochzinspolitik von Ronald Regan und Margaret Thatcher.

Aber die wirtschaftliche Wachstumsrate ist selbst nicht unabhängig von den öffentlichen Ausgaben: kurzfristig beschränken stabile öffentliche Ausgaben zwar die Rezession (durch ‚automatische Stabilisierungseffekte‘), auf die Dauer stimulieren öffentliche Investitionen und Ausgaben (in Bildung, Gesundheit, Forschung, Infrastruktur ...) aber das Wirtschaftswachstum. Es ist falsch zu behaupten, dass jedes öffentliche Defizit die öffentliche Verschuldung antreibt oder jede Reduktion von öffentlichen Ausgaben auch die Schulden erniedrigt. Wenn die Defizitrate unter die des wirtschaftlichen Wachstums zurückgeführt wird, kann dies die Schulden sogar erhöhen. Neoliberale Analysten weisen darauf hin, dass einige Länder (Kanada, Schweden und Israel) in den 1990ern sehr abrupte Anpassungen ihrer öffentlichen Haushalte verwirklichen konnten, denen schnell ein Wirtschaftswachstum folgte

Aber dies ist nur möglich, wenn diese Anpassung ein einzelnes Land betrifft, das schnell seine Wettbewerbsfähigkeit im Bezug auf seinen Konkurrenten wiedererlangt. Offensichtlich vergessen die Befürworter der strukturellen Anpassung Europas, dass die europäischen Länder untereinander sowohl die Hauptkunden und Konkurrenten der anderen sind, dass die europäische Union als Ganzes eine ziemlich geschlossene Wirtschaft bildet. Der einzige Effekt einer gleichzeitigen massiven Reduktion der Staatsausgaben in allen europäischen Staaten würde somit eine

Verschärfung der Rezession auslösen und damit eine noch größere Staatsverschuldung.

Um zu verhindern, dass die öffentliche Finanzpolitik soziale und politische Katastrophen auslöst stellen wir die folgenden beiden Maßnahmen zur Diskussion:

**Maßnahme 10:** Das Niveau der Systeme der sozialen Sicherheit (Arbeitslosengeld, Sozialwohnungen ...) muß erhalten oder ausgebaut werden

**Maßnahme 11:** Die Öffentlichen Investitionen in Bildung, Forschung, Umweltschutz usw. Müssen erhöht werden um die Bedingungen für ein Nachhaltiges Wachstum zu schaffen und einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit auszulösen.

## **Offensichtlich falsche Annahme #6:**

### ***Die Öffentlichen Schulden verschieben die Last unserer ‚Exzesse‘ auf unsere Enkel***

Es gibt eine weitere irrige Behauptung, die die Ökonomie einfacher Haushalte mit der von Volkswirtschaften verwechselt, die Behauptung, dass die Staatsverschuldung eine Umverteilung von Reichtum zum Nachteil künftiger Generationen darstellt. Zwar ist Staatsverschuldung durchaus ein Umverteilungsmechanismus, aber hauptsächlich von den einfachen Steuerzahlern zu den Aktionären.

Tatsächlich sind die Europäischen Staaten, seit 1980 der amerikanischen Finanzpolitik in dem (selten belegten) Glauben, dass niedrigere Steuern das Wirtschaftswachstum und damit die Staatseinnahmen erhöhen, gefolgt. Einschnitte bei Steuern und Sozialabgaben haben die Unternehmensprofite, Einnahmen der Spitzenverdiener und die Vermögen ebenso wachsen lassen wie die Soziallasten der Arbeitnehmer, aber ihr Einfluss auf das Wirtschaftswachstum blieb stets unsicher. Daher hat diese umverteilungsfeindliche Steuerpolitik sowohl die soziale Ungleichheit als auch die öffentliche Schulden immer weiter verschärft.

Diese Steuerpolitik hat die Regierungen schließlich dazu gezwungen, Geld von wohlhabenden Haushalten und Finanzmärkten zu leihen, um die so erzeugten Defizite auszugleichen. Man könnte hier von einem ‚Jackpot-Effekt‘ sprechen: Mit dem Geld, das die Reichen an Steuern gespart haben, konnten sie den Regierungen verzinsliche Sicherheiten abkaufen, die zur Finanzierung der durch Steuersenkungen überhaupt erst entstandenen Staatsschulden aufgenommen werden mussten .... Die durch Staatsverschuldung anfallenden Zinsen betragen in Frankreich jährlich 40 Milliarden Euro, fast so viel wie das durch Steuern erzielte Einkommen. Dieses Meisterstück ist umso beeindruckender, als es der politischen Führung gelungen ist, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, die Arbeitnehmer, Rentner und Kranken seien für die Staatsverschuldung verantwortlich.

Daher ist der Anstieg öffentlicher Schulden in Europa oder den USA nicht die Folge keynesianischer Strategien oder teurer Sozialpolitik, sondern vielmehr das Ergebnis einer Politik zugunsten weniger Glücklicher: ‚Steuer geschenke‘ (erniedrigte Steuern und Abgaben) erhöhen das verfügbare Einkommen jener, die dessen am wenigsten bedürfen und die dann vermehrt in Schuldverschreibungen investieren können, die von den Staaten mit Zinsen erstattet werden, die aus den Steuereinnahmen aller Steuerzahler finanziert werden. Insgesamt wurde damit über die öffentlichen Schulden, dem Gegenstück privater Renten(???), ein Umverteilungsmechanismus nach oben von den unteren zu den oberen Klassen eingerichtet.

Um die öffentlichen Haushalte in Europa und Frankreich zum Aufschwung zu verhelfen schlagen wir die beiden folgenden Maßnahmen vor:

**Maßnahme 12:** Die starke Umverteilungsnatur direkter Einkommensbesteuerung wiederherstellen (Steuererleichterungen abschaffen, neue Steuerrproressionen schaffen, Einkommenssteuer erhöhen)

**Maßnahme 13:** Steuerbefreiungen von Unternehmen abschaffen, die unzureichenden Einfluss auf Beschäftigungszahlen haben.

## **Offensichtlich falsche Annahme #7:**

***Wir müssen die Finanzmärkte absichern um die öffentlichen Schulden zu finanzieren***

Auf globaler Ebene muss die steigende Staatsverschuldung parallel zu ‚Finanzialisierungsprozessen‘ betrachtet werden. Innerhalb der letzten 30 Jahre hat die Finanzwirtschaft ihren Einfluss auf die Ökonomie dank der totalen Liberalisierung des Kapitalverkehrs signifikant erhöht. Großunternehmen sind heute weniger auf Kredite, sondern mehr und mehr auf den Finanzmarkt angewiesen. Privathaushalte wenden ebenfalls einen steigenden Anteil ihrer Ersparnisse zur Finanzierung ihres Ruhestands für die verschiedensten Finanzprodukte oder, in bestimmten Ländern, für Immobilien (Hypotheken) auf. Portfolio-Manager versuchen, die Investitionsrisiken über die Ergänzung des Aktienkapitals durch Staatsanleihen zu diversifizieren. Diese öffentlichen Anleihen waren leicht zu finden, da die Regierungen auch hier die gleiche Politik betrieben, die zu einem Anstieg der Defizite beigetragen hat: Hohe Verzinsung, Steuererleichterungen für Großverdiener, hohe Anreize für Privathaushalten, die Ersparnisse in Rentenfonds zu investieren etc.

Auf EU-Ebene wurde die Finanzialisierung der öffentlichen Defizite in die Abkommen aufgenommen: Nach dem Maastricht-Vertrag ist es den Zentralbanken verboten, Staaten direkt zu finanzieren, womit diese dann Kreditgeber auf dem Finanzmarkt finden müssen. Diese ‚monetäre Strafe‘ (Geldmengenbeschränkung; d. Übers.) wird von einem Prozess der ‚Finanzliberalisierung‘ begleitet, und ist das genaue Gegenteil der Politik, die nach der große Depression in den 1930ern angewandt wurde, welche aus ‚finanziellen Repressionen‘, d.h. starken Einschränkungen der Handlungsfreiheit des Finanzsystems, und, mit dem Ende des Goldstandards, einer ‚monetären Befreiung‘ (Geldmengenerhöhung; d. Übers.) bestand. Sinn und Zweck der europäischen Richtlinien ist es, die Staaten denen selbstverständlich unterstellt wird sie seien verschwenderisch, der Disziplin der Finanzmärkte zu unterwerfen, denen ebenso selbstverständlich unterstellt wird, sie seien effizient und allwissend.

Die Folge dieser Doktrienwahl ist, dass die Europäische Zentralbank nicht mehr befugt ist, direkt Staatsanleihen, die von den europäischen Staaten ausgegeben werden, zu kaufen. Ihrer Sicherheit beraubt, jederzeit von der Zentralbank finanziert werden zu können, litten die südeuropäischen Staaten unter Spekulationsattacken. Freilich, in den letzten Monaten kaufte die Europäische Zentralbank Staatsanleihen zu marktüblichen Zinsraten, um die Spannungen auf dem europäischen Anleihenmarkt zu reduzieren, eine Handlung, der sie sich zuvor, im Namen standhafter Orthodoxie, stets verweigert hat. Es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, dass dies genügt, wenn sich erst die Schuldenkrise verschlimmert und die Marktzinsen steigen.

Die monetäre Orthodoxie, die jeglicher wissenschaftlicher Grundlage entbehrt, dürfte dann schwerlich aufrechtzuerhalten sein.

Um dieses Schuldenproblem anzugehen, schlagen wir die folgenden zwei Maßnahmen vor:

**Maßnahme 14:** Der Europäischen Zentralbank erlauben, europäische Staaten direkt zu niedrigen Zinsen zu finanzieren und damit die Zwangsjacke der Finanzmärkte lösen (oder kommerzielle Banken dazu zwingen, Staatsanleihen zu kaufen).

**Maßnahme 15:** Wenn nötig, die Staatsverschuldung umstrukturieren, etwa indem die Rückzahlung der öffentlichen Schulden auf einen bestimmten Anteil des BIP begrenzt wird und indem zwischen den Gläubigern je nach Umfang ihres Aktienbesitzes unterschieden wird: So müssen Großaktionäre (seien es Individuen oder Institutionen) die Verlängerung der Rückzahlung oder den teilweisen Ausfall ihrer Kredite akzeptieren. Außerdem die exorbitanten Zinsraten auf die Anleihen, die seit der Krise von Ländern in Schwierigkeiten herausgegeben wurden, neu verhandelt werden.

## **Offensichtlich falsche Annahme # 8:**

### ***Die Europäische Union verteidigt das Europäische Sozialmodell***

Die Erfahrung mit Europa ist ambivalent. Zwei Vorstellungen von Europa existieren parallel, wagen aber keine offene Konkurrenz. Für die Sozialdemokraten sollte Europa das europäische Sozialmodell fördern, das aus dem sozialen Kompromiss der Nachkriegszeit des 2. Weltkrieges resultierte, mit seinen Wohlfahrtsstaaten, seinen öffentlichen Diensten und seiner Industriepolitik. Europa hätte ein Bollwerk gegen die liberale Globalisierung sein sollen, eine Möglichkeit, dieses Modell zu schützen, zu erhalten und weiter zu entwickeln. Europa hätte ein spezifisches Organisationsmodell der Weltwirtschaft verteidigen sollen, eine Globalisierung, die von globalen politischen Instanzen reguliert wird. Es hätte den Mitgliedstaaten erlauben sollen, ein hohes Niveau der öffentlichen Ausgaben und Umverteilungen beizubehalten, indem ihre Fähigkeit, dies zu finanzieren, durch eine Harmonisierung der Besteuerung von Personen, Unternehmen und Kapital geschützt wird.

Aber Europa wollte diese seine Besonderheit nicht eingestehen und propagieren. Die aktuell vorherrschende Sichtweise in Brüssel und in den Regierungen der meisten Nationalstaaten ist im Gegenteil die eines neoliberalen Europa, dessen Ziel es ist, die europäischen Märkte den Bedürfnissen der Globalisierung anzupassen. Aus dieser Sicht schafft die europäische Integration die Gelegenheit, das europäische Sozialmodell zu unterminieren und die Märkte zu deregulieren. Die Dominanz des Gesetzes des Wettbewerbs im Gesamtmarkt gegenüber nationalen Reglementierungen und sozialen Rechten, führt zu mehr Wettbewerb auf dem Güter- und Dienstleistungsmarkt, zu einer Verringerung der Bedeutung der öffentlichen Dienste, und zu einem Wettbewerb unter den Arbeitnehmern in Europa.

Der Soziale und der Steuerwettbewerb führte zu Steuerreduktionen, insbesondere bei Kapitalgewinnen und bei Unternehmen (die ‚mobile Basis‘ der Besteuerung im Gegensatz zur ‚festen Basis‘ der Arbeit) und brachte die sozialen Ausgaben unter Druck. Die Verträge garantieren die sogenannten ‚vier Freiheiten‘: Den freien Verkehr von Personen, Handelsgütern, Dienstleistungen und Kapital. Allerdings wurde der freie Verkehr des Kapitals nicht auf den inereuropäischen Markt beschränkt, sondern auf Investoren aus der ganzen Welt ausgeweitet. Dies unterwarf die produktiven Strukturen in Europa der Ausbeutung durch internationales Kapital. Die europäische Integration erscheint so als eine Möglichkeit, der europäischen Bevölkerung neoliberale Reformen aufzuerlegen.

Die Organisation der makroökonomischen Politik (z.B. die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank von politischer Macht und der Stabilitäts- und Wachstums-Pakt) zeichnet sich durch Misstrauen gegenüber den demokratisch gewählten Regierungen aus. Dies beraubt die Staaten der europäischen Union ihrer Autonomie

in der Finanz- und Haushaltspolitik. Dadurch, dass ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden muss und keine nationalen Stützungen von Unternehmen mehr erlaubt sind, dürfen nur noch die ‚automatische Stabilisierungsmechanismen‘ (die Gesetze des ‚freien Marktes‘; d. Übersetzer) wirken. In der EU wird weder eine gemeinsame antizyklische Wirtschaftspolitik realisiert, noch wird ein gemeinsames Ziel in Bezug auf Wachstum oder Beschäftigungspolitik definiert. Die Unterschiede zwischen den Situationen der einzelnen Länder werden nicht beachtet, da der Pakt sich nicht um Inflationsraten oder Defizite auf nationaler Ebene kümmert.

Und die EU Ziele für öffentliche Defizits und Schulden berücksichtigen nicht die jeweiligen nationalen wirtschaftlichen Umstände. So haben die Europäischen Behörden mit sehr unterschiedlichem Erfolg versucht, durch die ‚Richtlinien einer breiten Wirtschaftspolitik‘ (BEPGs), die offene Methode der Koordination und die Agenda von Lissabon, ‚strukturelle Reformen‘ anzuregen. Die Art dieser Ausarbeitung war weder demokratisch noch dazu angetan zu mobilisieren, ihre liberale Orientierung korrespondierte nicht notwendigerweise mit den politischen Strategien, die auf nationaler Ebene implementiert waren, das Kräftegleichgewicht der Mächte in den einzelnen Ländern zu gewährleisten. So zeitigten diese Maßnahmen nicht die herausragenden Erfolge, die sie legitimiert hätten. Die Bewegung zu mehr ökonomischer Liberalisierung wurde wieder in Frage gestellt (vgl. den Misserfolg der Bolkestein Direktive). Einige Länder sind versucht, ihre Industriepolitik zu nationalisieren, während die meisten sich einer Europäisierung ihrer sozialen oder fiskalen Politik entgegenstellten. Das soziale Europa ist so ein leerer Begriff geblieben, nur das Europa des Wettbewerbs und das der Finanzen hat sich wirklich bestätigt.

Damit Europa wirklichlich ein europäisches Sozialmodell fördern kann, stellen wir zwei Massnahmen zur Diskussion:

**Maßnahmen 16:** In Frage stellen des freien Verkehrs von Kapital und Handelsgütern zwischen EU und dem Rest der Welt, in dem multilaterale oder – wenn nötig – bilaterale Vereinbarungen ausgehandelt werden.

**Maßnahme 17:** ‚Harmonisierung im Fortschritt‘ anstelle einer Wettbewerbspolitik zum Leitfaden der Konstruktion Europa machen. Installieren von bindenden gemeinsamen Handlungszielen im Bereich des sozialen Fortschritts und der Makroökonomie (RBSPs, Richtlinien einer breiten Sozialpolitik)

## **Offensichtlich falsche Annahme # 9:**

### ***Der Euro ist ein Schutz gegen die Krise***

Der Euro sollte eigentlich ein Schutz gegen die globale Finanzkrise sein. In der Tat hat das Entfernen der Unsicherheit von Austauschraten innerhalb der europäischen Währung ein Hauptelement von Instabilität unterdrückt. Trotzdem beschützt uns der Euro nicht: Europa ist länger und tiefgreifender von der Krise beeinträchtigt als der Rest der Welt. Dies liegt an dem Weg wie die Währungsunion gebildet wurde.

Seit 1999 hat die Eurozone ein relativ kleines Wachstum verzeichnet und erfuhr gleichzeitig zunehmende Divergenzen zwischen den Mitgliedsstaaten in Bezug auf Wachstum, Inflation, Arbeitslosigkeit und Exportdefizite. Der Rahmen der Wirtschaftspolitik der EU-Staaten, welcher dazu tendiert, Ländern in verschiedenen Situationen gleiche gesamtwirtschaftliche Strategien aufzuzwingen, hat die Ungleichheit der Mitgliedsstaaten im Bezug auf Wachstum erhöht. In den meisten Ländern, vor allem den Größeren, hat die Einführung des Euros, im Gegensatz zu den im Vorfeld geltenden Versprechungen, das Wachstum nicht befördert. Bei anderen Ländern hat Wachstum stattgefunden, wurde aber mit schwer auszuhaltenden Ungleichgewichten erkaufte. Die monetäre (Geldmengen bezogene; d. Übers.) und fiskalische Orthodoxy, welche durch den Euro verstärkt wurde, hat die komplette Belastung der Anpassungen auf die Arbeiter verschoben. Alles in allem wurde die geforderte Flexibilität der Arbeiter und die Lohnreduzierungen gesteigert, der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen reduziert und die Ungleichheit wurde ausgeweitet.

Dieses ‚race to the bottom‘ (ein Modell, das einen Wettbewerb zum Abbau von Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards beschreibt; d. Übers.) hat Deutschland für sich entschieden, da es in der Lage war große Handelsüberschüsse auf Kosten seiner Nachbarn, sowie vor allem seiner eigenen Arbeitnehmer zu verzeichnen. Deutschland hat so geringe Kosten für Arbeit und soziale Zuschüsse eingeführt, dass es ihm einen gewerblichen Vorsprung gegenüber seinen Nachbarn gegeben hat, welche nicht in der Lage waren ihre Arbeiter derart schlecht zu behandeln. Der deutsche Handelsüberschuss ist schädlich für das Wachstum anderer Staaten. Staatshaushalts- und Handelsdefizite mancher Länder sind das unausweichliche Ergebnis der Überschüsse anderer Mitgliedsstaaten. Umfassend kann man sagen, dass die Mitgliedsstaaten keine koordinierte Strategie ausarbeiten konnten.

Die Euro-Zone sollte weniger von der Finanzkrise beeinträchtigt sein, als die USA oder Großbritannien. In der Euro-Zone investieren Haushalte viel weniger in den Finanzmarkt, welcher zudem noch weniger differenziert ist. Auch hatten diese Staaten vor der Krise eine bessere Situation, was ihre Staatshaushalte anging: Das Defizit der Euro Staaten im Jahr 2007 erreichte gerade mal 0,6 % des BIP, während die USA, Großbritannien und Japan zu dieser Zeit schon 3 % verzeichneten. Aber die Euro-Zone litt unter zunehmenden Ungleichheiten: Während die nördlichen Staaten

(Deutschland, Niederlande, Holland, Österreich und Skandinavien) ihr Lohnniveau und ihre interne Nachfrage zügeln, und so Exportüberschüsse anhäufen, haben die südlichen Staaten (Spanien, Griechenland, Irland) große Wachstumsraten verzeichnet, angetrieben von einem Zinssatz unterhalb der Wachstumsrate, was ein Anhäufen von Exportdefiziten zur Folge hatte.

Als die finanzielle Krise bei den USA begonnen hatte, haben diese eine wirkliche Strategie zur monetären und fiskalischen Anregung der Wirtschaft in Gang gesetzt, während sie gleichzeitig Aktivitäten zur finanziellen Re-Regulation starteten. Europa hat es im Gegensatz dazu jedoch nicht geschafft, eine hinreichend wirksame Strategie zu entwickeln. Von 2007 bis 2010 wurde der fiskalische Impuls auf 1,6 % des BIP in der Eurozone beschränkt, während 3,2% in Großbritannien und 4,2% in den USA vorherrschen. Der Produktionsverlust der durch die Krise erfolgte war in der Euro-Zone viel größer als in den USA. Steigende staatliche Defizite waren viel mehr das Resultat der Krise als einer aktiven Strategie.

Zur selben Zeit hat die Kommission weiterhin übertriebene Vorgehensweisen gegen die Defizite und als Folge auch gegen die Mitgliedsstaaten eingeführt, so dass Mitte 2010 eigentlich alle Staaten betroffen waren. Die Kommission bat die Mitgliedsstaaten sich zu verpflichten ihr Defizit bis 2013 oder 2014, unabhängig von wirtschaftlichen Entwicklungen, auf 3% zu reduzieren. Die europäischen Behörden regten weiterhin restriktive Lohnstrategien an und stellten die staatlichen Renten und das Gesundheitssystem in Frage, trotz der offensichtlichen Risiken einer Vertiefung der Rezession auf dem Kontinent und einer Erhöhung der Spannungen zwischen den Ländern.

Diese Fehlen von Koordination und noch viel wichtiger, das Fehlen eines gemeinsamen EU Haushalts, welcher eine wirkliche Solidargemeinschaft der Mitgliedsstaaten ermöglichen würde, haben die finanziellen Akteure dazu gebracht sich vom Euro abzuwenden oder gar unverhohlen gegen ihn zu spekulieren.

Damit der Euro die europäischen Bürger effektiv vor der Krise zu schützen schlagen wir die folgenden Maßnahmen vor:

**Maßnahme 18:** Die Gewährleistung effektiver Koordination von gesamtwirtschaftlichen Strategien und eine abgestimmte Reduzierung der Handelsungleichheiten zwischen den europäischen Staaten.

**Maßnahme 19:** Das Ausgleichen von Zahlungsungleichheiten durch eine Bank für internationalen Zahlungsausgleich (diese würde die Kredite zwischen den europäischen Staaten organisieren)

**Maßnahme 20:** Falls die Euro-Krise zum Ende des Euro führt und abhängig von der Wiederbelebung eines EU-Haushalts (siehe unten) soll ein inner-europäisches Finanzsystems (mit einer gemeinsamen Währung wie dem ‚Bancor‘) eingeführt werden, welches das Entspannen der Ungleichheiten der Handelsbalance in Europa organisieren soll.

## **Offensichtlich falsche Annahme # 10:**

### ***Die Griechenland Krise war ein Sprungbrett hin zu einer Europäischen Wirtschaftsregierung und effektiver europäischer Solidarität***

Mitte 2009 haben die Finanzmärkte begonnen auf die Schulden europäischer Länder zu spekulieren. Insgesamt hatten steigende Schulden und Defizite in der Welt (noch) nicht zu höheren Zinsen für Langzeitanleihen geführt: Finanzakteure glaubten, dass die Zentralbanken die Zinssätze für kurzfristige Anleihen nahe Null für eine lange Zeite beibehalten würden, so dass es keine wirkliche Gefahr der Inflation oder des Ausfalls eines großen Landes geben würde. Aber die Spekulanten hatten die Mängel der Organizationalion der Eurozone erkannt. Während die Regierungen anderer entwickelter Länder immer noch durch ihre Zentralbank unterstützt werden können, haben die Länder der Euro-Zone diese Option aufgegeben und sind absolut abhängig von den Märkten, ihre Defizite zu finanzieren. Daraus resultierte, dass Spekulationen bei den am meisten gefährdeten Ländern, wie Griechenland, Spanien und Irland, ausgelöst wurden.

Europäische Behörden und Regierungen haben nur sehr langsam auf dieses Thema reagiert, um den Mitgliedsstaaten nicht den Eindruck zu geben, dass diese ein Recht auf unbegrenzte Unterstützung durch ihre Partner hätten. Sie wollten Griechenland dafür bestrafen, dass es die wahre Größe seines Defizits – mit der Hilfe von Goldman Sachs – versteckt hatte. Dennoch mussten die EZB und die Mitgliedsstaaten im Mai 2010 einen Notfall-Stabilisierungs-Fond schaffen, um den Märkten zu zeigen, dass sie bedrohten Ländern durchaus unbegrenzte Unterstützung bringen würden. Im Gegenzug mussten diese Länder beispiellose Sparmaßnahmen durchführen, welche diese Länder zu einem Abschwung in kurzer Zeit und zu einer langen Zeit der Rezession verurteilte. Unter dem Druck des IWF und der Europäischen Kommission musste Griechenland seine öffentlichen Dienstleistungen privatisieren und Spanien musste seinen Arbeitsmarkt flexibilisieren. Sogar Frankreich und Deutschland, welche nicht von den Spekulationen betroffen waren, kündigten Sparmaßnahmen an.

Aber insgesamt gibt es keinen Nachfrageüberschuss in Europa. Die steuerliche Situation ist besser als die der USA oder Großbritannien, was finanzpolitischen Handlungsspielraum bietet. Wir müssen die Ungleichgewichte in einer koordinierten Art und Weise korrigieren: Nord- und Mitteleuropäische Länder mit Handelsüberschüssen sollten einer expansiveren Strategie nachgehen – höhere Löhne, Sozialausgaben usw. – um die restriktive Poilitik der südlichen Länder auszugleichen. Insgesamt sollte die Steuerpolitik in der Eurozone im Durchschnitt nicht restriktiv sein, solange die europäische Wirtschaft noch keine Vollbeschäftigung erreicht hat.

Aber leider sind die Befürworter automatischer und restriktiver Finanzpolitik in Europa heutzutage sehr stark geworden. Die Griechenland Krise ermöglichte es ihnen uns die eigentlichen Ursprünge der Krise vergessen zu lassen. Diejenigen, die der finanziellen Unterstützung der südlichen Länder zugestimmt haben, wollen im Gegenzug eine Festigung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bewirken. Die Kommission und Deutschland wollen, dass alle Mitgliedsstaaten das Ziel von ausgewogenen Haushalten in ihre Verfassungen aufnehmen, und dass alle ihre Steuerpolitik von Ausschüssen mit unabhängigen Experten kontrollieren lassen. Die Kommission will allen Länder eine lange Kur der Enthaltbarkeit auferlegen, solange ihre Schulden höher als 60 % ihres BIP sind. Ironischerweise ist dieser Schritt hin zu einer europäischen Wirtschaftsregierung einer, der, anstelle den Griff der Finanzen zu lockern, nur weitere Einschränkungen und strukturelle ‚Reformen‘, auf Kosten der sozialen Solidarität innerhalb und zwischen den Ländern, einführt.

Die Krise bietet den finanziellen Eliten und europäischen Technokraten die Möglichkeit eine ‚Schock Strategie‘ einzuführen, um so mit Hilfe der Krise ihre radikal neoliberalen Agenda voranzutreiben. Diese Strategie hat jedoch geringe Erfolgschancen:

- Die Reduzierung öffentlicher Ausgaben wird den Aufwand, der nötig ist, um auf europäischer Ebene notwendige Ausgaben zu decken (zum Beispiel Forschung, Bildung oder Familienpolitik) und der europäischen Industrie zu helfen, sich selbst aufrecht zu erhalten und in die Bereiche der Zukunft zu investieren (grüne Wirtschaft), schwächen.
- Die Krise bietet die Möglichkeit tiefe Einschnitte bei den Sozialausgaben vorzunehmen, ein Ziel, das von den Befürwortern des Neoliberalismus verfolgt wird. Dabei wird das Risiko der Aushöhlung des sozialen Zusammenhalts, die Reduzierung der effektiven Nachfrage, und der Zwang der privaten Haushalte mehr für ihre Pension und ihren Gesundheitsplan zu sparen, in Kauf genommen und damit gerade den privaten Finanzinstituten gedient, welche für die Krise verantwortlich sind.
- Regierungen und europäische Behörden sind nicht bereit zu einer steuerlichen Harmonisierung beizutragen, die die benötigte Erhöhung der Steuern im Finanzsektor, Wohlstand und höhere Löhne ermöglichen würde.
- Die europäischen Länder etablieren momentan lang anhaltende restriktive Finanzpolitiken, welche das Wachstum sehr erschweren werden. Die Steuereinnahmen werden zurückgehen. Dadurch werden öffentliche Haushalte kaum verbessert, die Schuldenquote wird sich nicht verringern und die Märkte werden nicht beruhigt werden.
- Aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen Voraussetzungen und sozialen Kulturen, waren nicht alle europäischen Länder in der Lage sich der eisernen Disziplin aus dem Vertrag von Maastricht zu beugen; und so werden sich auch nicht alle seiner momentan stattfindenden Verschärfung

beugen. Das Risiko eine Dynamik anzustoßen, in der sich die Länder jeweils sich selbst zuwenden, ist durchaus real.

Um in Richtung auf eine echte Wirtschaftsregierung und eine europäische Solidar-gemeinschaft voranzukommen, schlagen wir folgende 2 Maßnahmen vor:

**Maßnahme 21:** Europäische Steuer einzuführen (zum Beispiel eine Kohlenstoffsteuer oder eine Steuer auf Gewinne) und einen effektiven europäischen Haushalt zu entwickeln, welcher die Konvergenz der verschiedenen Wirtschaften ermöglicht, und, auf der Grundlage der ‚besten Methode‘, auf gleiche Konditionen beim Zugang zu öffentlichen und sozialen Dienstleistungen in allen Mitgliedsstaaten hinarbeitet.

**Maßnahme 22:** Einen breiten europäischen Aktionsplan einzuführen, welcher durch einen öffentliche Anleihen mit geringen, aber garantierten Zinssätzen (und/oder durch Gelderzeugung der EZB) finanziert werden würde, um die grüne Umwandlung der europäischen Wirtschaft zu initiieren.

## **FAZIT: Die Diskussion um Wirtschaftspolitik eröffnet Pfade zu einer Erneuerung der Europäischen Union**

Europa wurde während dreier Dekaden auf der Basis eines technokratischen Modells gebildet, das die Bevölkerungen aus den wirtschaftlichen Debatten ausschloss. Die neoliberale Doktrin, die auf der nun nicht mehr haltbaren Annahme der Effizienz der Finanzmärkte beruht, muss zurückgewiesen werden. Wir müssen den Raum möglicher Politikvarianten wieder neu öffnen und Alternativen und konsistente Voraussetzungen diskutieren, die die Macht der Finanzwelt beschränken und organisieren, die „Harmonisierung während der Fortschritt erhalten bleibt“ des Europäischen wirtschaftlichen und sozialen Systems (Art. 151 der Lissabon Vereinbarung).

Dies verlangt das Zusammenführen von bedeutenden Geldmengen, die gesammelt werden durch ein europäisches Steuersystem, das stark von oben nach unten umverteilt. Die Mitgliedsstaaten müssen vor dem Einfluss der Finanzmärkte geschützt werden. Es sind dies die einzigen Bedingungen, die es ermöglichen, dass das Projekt Europa hoffen kann, seine demokratische Legitimation wiederzugewinnen, die es im Moment bei seinen Bürgern verloren hat.

Es ist selbstverständlich nicht realistisch zu denken, dass sich alle 27 Länder zur selben Zeit für solch einen Bruch in den Zielen und Methoden der Konstruktion Europas entscheiden. Die Europäische Wirtschaftsunion begann mit sechs Staaten, d.h. die Neugestaltung der Europäischen Union kann auch mit der Übereinkunft einiger Staaten neue Wege zu gehen beginnen. In dem Maß wie die desaströsen Konsequenzen der aktuellen Politik offensichtlich werden, wird sich die Debatte um Alternativen in Europa ausweiten. Soziale Kämpfe und politische Änderungen werden zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Ländern auftreten. Einige nationalen Regierungen werden neue Regeln einführen. Die, die das wollen werden verstärkt zusammenarbeiten um deutliche Schritte im Bereich der Finanzregulation, in der Finanz- und Sozialpolitik zu gehen. Durch entsprechende Maßnahmen werden diese Länder darüber hinaus Menschen, die sich an diesen Entwicklungen beteiligen wollen, die Handreichen.

Deshalb ist es wichtig, umgehend die breiten Möglichkeiten alternativer Wirtschaftspolitik darzustellen und zu diskutieren, die eine Neugestaltung der Konstruktion Europas ermöglichen.